

Grüne Hochschulgruppe bleibt stabil

Die Wahl scheint wirklich eine Qual zu sein, wenn man sich die diesjährige Wahlbeteiligung für das neue Studierendenparlament (StuPa) von gerade einmal 7,06 Prozent anschaut. Nichtsdestotrotz haben 2.987 Studierende der Universität Duisburg-Essen abgestimmt. Eine grün-rot-rote Mehrheit sitzt fortan in der Studierendenvertretung. Wir haben uns bei der Wahlauszählung die Nacht um die Ohren geschlagen.

Samstag, 1.40 Uhr: Der Wahlausschuss und die Wahlhelfer*innen klappen erschöpft die Laptops zu und knipsen das Licht im Seminarraum über der Cafeteria am Essener Campus aus. Der Feierabend wird erstaunlich früh eingeläutet: Im vergangenen Jahr dauerte die Wahlauszählung noch bis 4 Uhr morgens. Weniger abgearbeitet fühlt sich Jennifer Gantenberg, Vorsitzende des Wahlausschusses, dadurch trotzdem nicht. Denn wie es der Zufall will, passiert Unerwartetes: Der stellvertretende Vorsitzende wird krank und sie bleibt dadurch die einzige Ansprechpartnerin für die Wahlhelfer*innen. „Wegen des neuen Systems war ich dann anfangs ziemlich nervös“, sagt sie. Anstatt wie in den vergangenen Jahren Wahlurnen gleichzeitig auszuzählen, nahmen sich die Helfer*innen Urne für Urne vor. Abgesehen von einem sich verselbständigenden mysteriösen Lichtschalter, verläuft die Auszählung unproblematisch. „Ich war froh, dass alles glatt gelaufen ist und es keine extremen Stimmabweichungen gab“, sagt Jennifer.

Mit 2.995 Stimmen hat der Wahlausschuss jedoch acht zu viel ausgezählt als bei der Anzahl der ausgegebenen Wahlzettel dokumentiert wurde. Der Grund: Während der Wahlzettelabgabe wurden bei der Eingabe ins System acht Stimmen nicht abgehakt, wodurch sie nicht in den ausgegebenen dokumentierten Wahlzetteln aufgeführt worden sind. „Sowas kann passieren. Unserer Helfer*innen sind schließlich auch nur Menschen. Das Ergebnis wurde dadurch nicht entscheidend beeinflusst“, so Jennifer.

Letzte Urne: GHG atmet auf

Insbesondere nach der Auszählung der Wahlurne an der Mensa in Essen steigt die Anspannung unter den anwesenden Vertreter*innen der Listen. „Da die Internationale Liste dort enorm stark war, waren alle darauf gespannt, wie sehr das Gesamtergebnis dadurch beeinflusst wird“, sagt Amanda Steinhaus, die für die GHG kandidierte. Fünf anstrengende Tage Wahlkampf



Eine grün-rot-rote Mehrheit hat im StuPa nach den Wahlen nun die Hosen an. (Foto: BRIT)

liegen hinter ihr. In der Praxis bedeutet das stundenlanges Plakatieren, Flyerverteilung in den Hörsälen zu unmenschlichen Uhrzeiten und der Austausch mit Studierenden in der Kälte. Als die Wahlvorsitzende ans Ende des Seminarraums tritt, um das Endergebnis zu verkünden, zeigt sich, dass sich der Aufwand für sie gelohnt hat. Die Reaktionen der Listen-Vertreter*innen sind ganz unterschiedlich: Die GHG nutzt das Sektempfängnis des Trans*Inter*Schwubi-Le-Referat direkt, um auf den Wahlerfolg anzustoßen. Mit neun Sitzen gewinnt die stärkste Liste einen dazu. Währenddessen verlassen die Kandidat*innen der Internationalen Liste beinahe fluchtartig den Raum und äußern sich als zweitstärkste Liste dazu bis heute nicht gegenüber der aktuell. Insbesondere bei den Medizinstudierenden konnten die Jusos punkten und holten am Klinikum die meisten Stimmen. Ihr Ergebnis haben sie um drei auf nunmehr sechs Sitze verdoppelt. Carlotta Kühnemann kandidierte für die LiLi und erhält mit 97 Stimmen den höchsten listenübergreifenden Stimmenanteil. Auch ihre Liste nimmt im Vergleich zum Vorjahr zu und ist fortan mit sieben Sitzen vertreten.

Vertreter*innen der anderen Listen sind persönlich nicht anwesend und haben in dieser Legislaturperiode abgebaut. Die Liberale Hochschulgruppe und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten haben mit drei beziehungsweise

Verängstigt aus der Praxis



Was für negative Erfahrungen Studentinnen* bei Gynäkolog*innen machen mussten, lest ihr auf den Seiten 4-5.

Verdrängung aus der City



Das Alkoholverbot in Duisburgs Innenstadt wird verlängert. Warum das Verdrängungspolitik ist, lest ihr auf Seite 6.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

zwei Sitzen an parlamentarischer Repräsentation verloren. Die Unabhängigen Demokraten können erneut drei Abgeordnete entsenden.

Ein Blick in die Zukunft

Laut eigenen Angaben habe die GHG die Studierenden insbesondere mit dem Kulturticket überzeugen können. Im kommenden Jahr plant auch auf die Stadt Duisburg auszuweiten. Als nächstes möchte man Projekte wie die Weiterentwicklung der Universität als Bleibeuni realisieren. Die Kooperation mit anderen ASten soll im Einsatz gegen geplante Studiengebühren sowie gegen andere rückwärts gerichtete Projekte der Landesregierung NRW helfen. Einen konkreten Termin für die konstituierende StuPa-Sitzung gibt es derzeit noch nicht. Nach aktuellen Planungen des Wahlausschusses wird diese voraussichtlich zwischen dem 20. und 22. Dezember stattfinden. Erste Spekulationen über mögliche Koalitionen der Listen gibt es trotzdem schon. „Wir können auf eine gute Zusammenarbeit mit der Linken Liste und den Jusos zurückblicken – sowohl im AStA als auch in der Opposition“, sagt Amanda. Deswegen wolle man vor allem mit diesen Listen das Gespräch suchen. [BRIT]

Betrügerisches eduroam

Kommentar

Studieren oder Konsumieren?

von Daniel Veutgen

Da steht nun dieser etwa vier Meter hohe und drei Meter breite Werbetower inmitten des Duisburger Campus und wirft einen langen Schatten von Konsum und Kauflust auf die Liegewiese. Auf ihm prangt die Werbung eines Mobilfunkbetreibers und das Versprechen von Datenvolumen liegt in der Luft wie künstliche Vanille in der Kerzenabteilung. Kein angenehmer Geruch. Und kein angenehmes Bild, was sich beim Blick auf den Campus ergibt.

„Werbung is coming“ heißt es im Game of Hochschule aber nicht erst seit gestern. Ständig stehen Vertreter*innen von Krankenkassen, Tageszeitungen oder Autoversicherungen an den Mensen und Bibliotheken. Der Werbetower ist nur der nächste Schritt zur Werbebeuni, powered by Vodafone. Ein erster Aussichtspunkt, um auf noch unbekanntem Gebiet die Lage zu sondieren, die erste Bastion auf dem Weg zum Konsumtempel.

Den Unis mangelt es an Kohle. Seit Jahren jammern sie über fehlende Mittel. Warum also nicht freie Flächen mit Werbung vollkleistern und statt der grauen Wände ein paar grüne Scheine in der Tasche? Und warum überhaupt bei den grauen Wänden aufhören?

An den Unis bieten sich doch viel mehr Möglichkeiten, Namensrechte und Werbeflächen zu verscherbeln. Man könnte doch prima Hörsäle, Mensen, Bibliotheken, Campuse oder einfach ganze Universitäten nach finanzstarken Partnern aus der Privatwirtschaft benennen. Nestlé-Universität zu Duisburg, Cornelsen Campus, Bofrost Bibliothek, Werbeblöcke zwischen den Vorlesungen – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Zum Glück sind wir von solch dystopischen Zuständen á la *Minority Report* noch weit entfernt. Trotzdem nervt die Werbung auf dem Campus. Denn die meisten Studierenden kommen tatsächlich – man mag es kaum glauben – in die Uni, um sich Wissen anzueignen und nicht, um sich Verträge und Abonnements aufschwätzen zu lassen. Die Flächen sollten nicht der Wirtschaft, sondern den Studierenden zur Verfügung gestellt werden, um beispielsweise über studentische Projekte und Veranstaltungen zu informieren. Vielleicht schafft es die UDE ja so, zur Bleibeuni zu werden.



Vorsicht geboten: An der UDE kursiert aktuell eine gefälschte Internetverbindung. (Foto: dpe)

Ob Recherche für die nächste Hausarbeit, Vernetzung in den Sozialen Netzwerken oder den Essensplan der Mensa abrufen, WLAN macht's möglich. Wer an einer Hochschule eingeschrieben ist, kann sich quer durch die Universitäten Europas bewegen und sich mit dem eigenen Account in jedes eduroam einloggen. Ein anscheinend betrügerisches Netz mit demselben Namen sorgt nun in der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Duisburg-Essen (UDE) für Aufruhr.

„In jüngster Zeit mussten wir leider vermehrt feststellen, dass insbesondere im R12-Gebäude in betrügerischer Absicht WLAN-Netze geschaltet werden, welche vorgeben, dass es sich dabei um das WLAN-Netz eduroam handelt“, heißt es in einer E-Mail vom IT-Service-Team der Fakultät für Geisteswissenschaften am Dienstag, 28. November. Das Team vermutet, dass es sich dabei um Angriffe auf die Daten von Studierenden handelt. Denn für die Anmeldung in das falsche WLAN-Netz müssen, wie auch beim normalen eduroam, die Zugangsdaten eingegeben werden.

Wie die Fakultät berichtet, sollen die bei der Anmeldung eingegebenen Daten dann „mitgeloggt, also gespeichert“ und später genutzt werden, um sich Zugang zu den Nutzer*innendaten und „UDE-Diensten, wie zum Beispiel dem E-Mail Postfach zu verschaffen“. Verstärkt soll das vor allem im R12-Gebäude passiert sein, wie die Fakultät sagt. Bisläng kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass auch andere Gebäude der UDE betroffen sein könnten oder Versuche unternommen wurden, dort ebenfalls Daten abzugreifen.

Persönliche Daten auf Abwegen

Das IT-Service-Team der Fakultät hat in der E-Mail an die Studierenden dazu aufgerufen, „sich zunächst einmal über die Online-Benutzerverwaltung ein separates Kennwort für die WLAN-Nutzung einzurichten“. Auch das Passwort der Unikennung sollte geändert werden, allerdings nicht dasselbe sein, das genutzt wird, um sich im eduroam einzuloggen. So soll sicherge-

stellt werden, dass „der Zugriff auf die Uni-Dienste über das gegebenenfalls abgefange Passwort nicht möglich ist“, so das IT-Service-Team. Auch wird zu mehr Misstrauen beim Einloggen im eduroam geraten und zwar, „wenn Sie zwar laut Statusanzeige Ihres Gerätes mit dem WLAN eduroam verbunden sind, jedoch dennoch keinen Zugriff auf das Internet und Onlinedienste haben.“ Wenn dieser Fall eintritt, sollten die Studierenden kurzfristig auf die mobilen Daten umschwenken, sagt das IT-Service-Team. Wem davon aber keine oder nur wenige zur Verfügung stehen oder wer bereits gedrosselt durch die Internetwelt surfen muss, der hat hier das Nachsehen.

Ob die Daten allerdings im richtigen eduroam vollständig sicher sind, darf bezweifelt werden. Wenn Hacker*innen ein Interesse an den Daten der Studierenden haben, dann werden sie diese wohl auch über das normale eduroam bekommen können. In der Vergangenheit wurden international bereits diverse Datenklau-Skandale bekannt. So waren 2013 alle 3 Milliarden bis dahin bei Yahoo registrierten E-Mail-Konten betroffen. Bei einer Attacke auf die amerikanische Wirtschaftsauskunftei Equifax läuft Gefahr, dass auch die Sozialversicherungsnummern der Kund*innen geklaut worden sind. Diese Daten werden dann zum Beispiel weiterverkauft. Gerade für Spammer*innen dürften zumindest Namen und E-Mail-Adressen interessant sein, um sie in neue Mail-Listen umzuwandeln. Andererseits können auch sogenannte Phishing-Mails vermehrt in den Postfächern auftauchen. Durch Phishing versuchen Hacker*innen noch weitere persönliche Daten abzugreifen und in drastischen Fällen Konten leer zu räumen.

Datenschutz ist aber auch über diese Debatte hinweg ein präsent Thema, denn viele der Daten, die sich die Hacker*innen über ein falsches eduroam sichern könnten, sind wahrscheinlich weniger als die Daten, die viele Studierende bereits durch das Installieren diverser Apps auf ihren Smartphones freiwillig abgeben. Einen Grund für Alarmbereitschaft gibt es also derzeit nicht, ein stärkeres Bewusstsein der Studierenden dafür welche Daten sie wem preisgeben, wäre aber sicherlich alles andere als falsch. [dpe]

Terrorist*innen oder Urwaldretter*innen?

Nachdem am vergangenen Dienstag, 28. November, ein Rodungsstopp im Rechtsstreit mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) gegen RWE im Hambacher Forst erwirkt wurde, entspannt sich die Lage im besetzten Waldgebiet nahe Köln. Am Donnerstag, 30. November, diskutierte auch der nordrhein-westfälische Landtag über den letzten Urwald Deutschlands, der fast vollständig gerodet werden soll – für die darunterliegenden Braunkohlevorkommen. Wir sprachen vor Ort mit den Besetzer*innen zur aktuellen Lage und den Jungen Grünen Essen, die gemeinsam am Samstag eine Solidaritätsaktion vor der RWE-Zentrale ins Leben gerufen hatten.



Ein Blick in den Hambacher Forst bei Köln zeigt eins der vielen Baumbäuser, in denen sich Aktivist*innen niederließen. (Foto: lys)

Am Montag, 27. November, begannen die Rodungen im Hambacher Forst, rechtlich gestützt durch einen Gerichtsbeschluss, der dem Energiekonzern RWE erlaubt, auf 173 der insgesamt über 220 Hektar großen Waldfläche zu roden. „If the present rates of global deforestation continue, only about ten percent of the global forest will remain by 2030. The estimates of carbon dumped into the atmosphere from the deforested wood and humus biomass alone is about 17 percent of total global emissions“, erklären die Aktivist*innen vom Hambacher Forst auf ihrer Homepage. Sie protestierten am Montag im Hambacher Forst, indem sie Menschenketten bildeten und Barrikaden ausweiteten, um die Maschinen von RWE aufzuhalten. Die Po-

lizei setzte daraufhin Pfefferspray ein, was anschließend von den Aktivist*innen als unangemessen kritisiert wurde.

„Going into that area is a sad, surreal and infuriating experience“, schreiben die Waldbesetzer*innen weiter über die in zwei Tagen passierten Abholzungsmaßnahmen. Mehr darf vorerst nicht gerodet werden.

Um 18 Uhr am Folgetag lagen die Maschinen des Energiekonzerns still – wegen einer Klage gegen die Rodungserlaubnis beim Oberverwaltungsgericht Münster, durchgesetzt von BUND. „Die RWE Power AG muss bis zu einer Entscheidung des Gerichts im anhängigen Eilbeschwerdeverfahren von weiteren Rodungs- und Abholzungsmaßnahmen im Hambacher Forst absehen“, erklärt das Gericht in einer Pressemitteilung. BUND plädiert dafür, das Gebiet in die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Kommission mit einzubeziehen und somit in ein Naturschutzgebiet zu verwandeln. Begründet wird das Vorhaben mit dem Vorkommen der Bechsteinfledermaus, das der EU-Kommission hätte gemeldet werden müssen. Das Eilbeschwerdeverfahren findet im Januar statt. Am Dienstagabend verabschiedeten sich die Besetzer*innen dann bei der Polizei, „indem Musikboxen auf die Zufahrtsstraße gestellt und gefeiert wurde“, erklärt Aktivist Max aus dem Hambacher Forst.

Im Urwald mitten in Deutschland

Bis zum Verfahren nutzen die Waldbesetzer*innen die Zeit, die Infrastruktur im Wald auszubauen und den Kampf um den Hambacher Forst in die Öffentlichkeit zu tragen. Eine lange Zufahrtsstraße führt zum Waldgebiet, an dem vorn die „Wiese“ als Sammelpunkt dient. Bemalte Caravans und Erdhäuser säumen den Weg zur Gemeinschaftsküche, wo regelmäßig Unterstützer*innen Essensspenden vorbeibringen. „Gestern wollte die Polizei die Barrikaden auf der Verbindungsstraße zur ehemaligen A4 räumen, entschied sich dann doch dagegen. Durch diesen Gerichtsbeschluss, den Rodungsstopp, hat sich die Lage entspannt, jedoch heißt Rodungsstopp nicht Räumungsstopp“, erklärt Max im Nebenraum, der aus Couchen und Isolierplane besteht. „Wir können jederzeit geräumt werden.“ Er selbst lebt im Hambacher Wald, und die Bedrohung „des Projekts, das sich über viele Jahre aufgebaut hat“, ist allgegenwärtig. Der politische Kampf, das bedeutet für einige Aktivist*innen auch Bagger zu zerstören und Barrikaden zu bauen – „die meisten Menschen organisieren sich in klei-

neren Gruppen, das erklärt die Diversität der Aktionen. Viele sind jahrelang Polizeigewalt ausgesetzt und reagieren aggressiver und direkter auf die Polizei,“ so Max. Intern sei man solidarisch miteinander, kritisiere sich jedoch gegenseitig.

Samstag ist Solidaritätstag

Der Samstag, 2. Dezember, wurde von der Kampagne Ende Gelände, die mit dem Hambacher Forst verknüpft ist, zum Solidaritätstag erklärt. Einen Baum zu besetzen stand im Aufruf an verschiedene Gruppen. Kundgebungen und Protestaktionen fanden unter anderem in Kassel, Marburg, Leipzig, Frankfurt am Main, Bochum, Gießen und Berlin statt – und in Essen direkt vor der RWE-Zentrale. Etwa 30 Personen fanden sich um 13 Uhr am Opernplatz zusammen, „Grüne und Klimaaktivist*innen, auch Leute von der Stadt Essen waren bei der angemeldeten Kundgebung, jedoch niemand von RWE. Wir haben über die Sachlage zum Wald aufgeklärt und anschließend in der Innenstadt selbstdesignte Flyer verteilt“, erklärt Sarah von den Jungen Grünen Essen, die die Aktion zusammen innerhalb von fünf Tagen ins Leben riefen. „Der Kampf um den Hambacher Forst geht seit den 1970er Jahren und ist ein symbolischer zwischen Lebensraum und kapitalgesteuerter Wirtschaft.“ Ihre Mutterpartei, die Grünen, sind die Einzigen im Landtag, die sich mit friedlichen Protesten gegen die Rodungen solidarisieren – obwohl sie selbst in der vergangenen Legislaturperiode die grundsätzliche Rodung des Walds mitbestimmt haben. Sarah sieht das als Fehlentscheidung.

Die CDU erklärte bei der Landtagsdebatte, sie sehe die Rechtssicherheit in Gefahr. Sarah sagt dazu, dass der „rechtliche Rahmen 1973 entstanden ist – das ist nicht mehr zeitgemäß.“ Sie weist auf den neuen Markt für erneuerbare Energien hin, in den nicht investiert würde. Die Motivation fehle und so bliebe es bei veralteten Strukturen, obwohl mit innogy, dem Tochterunternehmen von RWE, Nachhaltigkeit suggeriert würde. Mit Investitionen in erneuerbare Energie könne auch das von der FDP beschworene Energiedefizit ausgeglichen werden. Dem Fakt, dass Arbeitsplätze beim Braunkohleausstieg verloren gehen würden, hält Sarah mögliche Umschulungen entgegen und verweist auf eine Pflicht gegenüber folgenden Generationen. Den Vorwurf des Terrorismus von der CDU weist sie vehement zurück und sagt, dies verharmlose wirkliche Terrorakte.

Im Hambacher Forst wurde derweil über das Wochenende eine Strandbar gebaut und ein Konzert organisiert. „Durch die Besetzung tauschen sich Leute auf der ganzen Welt aus – das kann nicht geräumt werden“, meint Max. [lys]

Frauenarztwahl: Irgendwo muss man ja Abstriche machen (lassen)?

Alle sechs Monate sollte frau* eine gynäkologische Praxis für die Routineuntersuchung aufsuchen – einmal im Jahr steht die Krebsvorsorge an. Für viele ein sensibles Thema, manche empfinden den Besuch als unangenehm – und einige mussten bereits negative Erfahrungen im Behandlungsraum machen. So auch Studierende der Universität Duisburg-Essen, Technischen Universität Dortmund und der Folkwang Universität der Künste. Ihre Beschwerden reichen von fehlender Aufklärung, einem rauen Ton in der Praxis und mangelhafter Betreuung bis hin zu verbalen Übergriffen und mangelhafte Hilfestellung in Notsituationen.

Kein Termin der Freude, aber für viele Alltag: der Besuch beim Frauenarzt oder der Frauenärztin. Krebsvorsorge und das Erkennen sexuell übertragbarer Krankheiten stehen dabei im Vordergrund. Auch das gewählte Verhütungsmittel – wie etwa Kupferkette oder Spirale – wird kontrolliert und Rezepte für die Pille erneuert. Und eigentlich sollte auch noch Zeit für das Fragenstellen und Beratung da sein. Pia* ist mit 14 Jahren wegen Regelschmerzen zur Frauenärztin gegangen. „Daraufhin hat die Ärztin mir die Pille verschrieben, ohne mich über Nebenwirkungen wie Thrombose aufzuklären“, erzählt sie. Damals empfand sie das nicht als problematisch, aus heutiger Sicht allerdings schon: „Die Pille wird bei kleinen Wehwechen verschrieben oder zum Beispiel für reinere Haut und schönere Haare. Dazu kommt, dass die Patientinnen meist sehr jung sind – diese sollten besser aufgeklärt werden.“

Pillenproblematik

Asli* hat vor zwei Jahren auf eigene Faust die Pille abgesetzt, die sie aufgrund von Zysten zehn Jahre lang einnahm. Als sie mit Menstruationsbeschwerden und Stimmungsschwankungen bis hin zu depressiver Verstimmung, die durch das Absetzen ausgelöst wurden, ihre Ärztin aufsuchte, reagierte diese wenig hilfreich. „Auf meine Frage bezüglich der hormonellen Auswirkungen hat sie nur erwidert, dass dieser Test etwas komplizierter sei, ich ihn aus eigener Tasche bezahlen müsste und wenn ich wirklich ein Problem habe, dann hätte ich die Pille nicht absetzen sollen, denn das wäre die Lösung dafür“, berichtet Asli. Erst durch Gespräche mit Bekannten habe sie davon erfahren, dass die hormonelle Umstellung nach so einer langen Zeit der Pilleneinnahme einfach länger dauern könne. „Nach zwei Jahren hat sich das Ganze nämlich sehr gut eingependelt und die Probleme, die das tägliche Einnehmen einer Pille mit sich brachte – Magenprobleme, trockene Haut – sind verschwunden. Hätte ich auf meine Ärztin gehört, würde ich noch immer die Pille nehmen“, kann sie jetzt aus eigener Erfahrung berichten.

Nicht nur bei der Pille scheint es Beratungsprobleme zu geben. „Außerdem komme ich aus einer Familie, in der über Geschlechtsverkehr nicht viel geredet wurde. Heißt, ich hatte hier und

da doch ein paar Fragen offen“, erzählt Asli. Auf ihre Fragen sei ihr meist humorvoll begegnet worden. Sie hatte das Gefühl, dass sie als dumm oder naiv abgestempelt wurde. „Wenn ich in Betracht ziehe, dass es sehr viele Familien gibt, die dies zuhause nicht besprechen und viele junge Mädchen nicht informiert sind, ist das ein großes Problem“, stellt sie fest. Als Konsequenz aus ihren bisherigen Erfahrungen geht sie jetzt nur noch selten zur Frauenärztin: „Wenn etwas Wichtiges ist oder ich starke Beschwerden habe. Die Kontrolle habe ich mittlerweile stark reduziert, dabei sollte dies öfters stattfinden“.

Gefürchteter gynäkologischer Stuhl

Auch abseits von Verhütungsfragen und Sexualaufklärung kann es zu Kommunikationsproblemen und einem von Patientinnenseite bemängelten Umgang kommen, etwa während der von vielen gefürchteten Untersuchung auf dem gynäkologischen Stuhl – darauf freut sich fast niemand. Vanessas* erster Besuch beim Frauenarzt endete dort und war für sie so traumatisierend, dass sie seitdem keine Untersuchung mehr hat vornehmen lassen. „Ich wurde dann total damit überumpelt, dass mich die Ärztin untersuchen wollte, damit hatte ich nicht beim ersten Mal gerechnet, hatte mir aber auch keine Gedanken darüber gemacht“, berichtet sie. Die Untersuchung empfand sie als sehr unangenehm und extrem schmerzhaft, ihr wurde schwindelig und sie hätte fast das Bewusstsein verloren. Vanessas Beschwerde richtet sich auch gegen das weitere Vorgehen: „Die Ärztin ist damit meiner Meinung nach überhaupt nicht sensibel umgegangen, hat mir einfach nur gesagt, dass ich mich doch entspannen sollte. Als ob das dann so einfach gehen würde. Und obwohl sie gesehen hat, wie schlecht es mir geht, hat sie sich nicht entsprechend um mich gekümmert. Ich habe dann um ein Glas Wasser gebeten, aber das war's dann auch.“ Das Erlebnis hatte weitere Folgen für sie: „Die Untersuchung damals hat auch dazu geführt, dass ich sehr lange wirklich Angst vor Sex hatte.“ Ihre Ärztin hatte ihr zusätzlich noch gesagt, würde sie keine Tampons benutzen –

was sie bis zu dem Zeitpunkt nicht tat – wäre Sex auf jeden Fall schmerzhaft.

Ebenso wie Pia und Asli fühlte sich auch Vanessa schlecht beraten, was Verhütungsmittel angeht. Dass sie sich nie gut bei einer Frauenärztin aufgehoben gefühlt hat, sieht sie auch als einen Grund dafür, dass sie jetzt ganz auf hormonelle Verhütung verzichtet – und auch nicht mehr zu Untersuchungen geht. „Ich habe mir bis heute keine neue Frauenärztin gesucht, weil ich mich, aufgrund meiner ersten Erfahrung, nicht mehr zu Untersuchungen traue. Ich weiß, dass ich das eigentlich machen muss, aber ich bekomme Panik, wenn ich nur an die Situation denke“, erzählt Vanessa.

Laras* erster Termin bei der Frauenärztin war hingegen sehr angenehm. Bei einem Kennenlerngespräch erzählt die Ärztin der damals 14-Jährigen, wie die Untersuchung beim nächsten Termin ablaufen würde und dass die meisten Patientinnen* danach erleichtert wären. „Bei mir war es aber anders. Ich hatte Probleme damit, mich überhaupt untersuchen zu lassen – ich habe einfach ein krasses Problem damit, gefühlt so ‚ausgeliefert‘ zu sein“, erzählt Lara. Nachdem die Untersuchung nicht richtig stattfinden konnte, wäre die Ärztin nicht mehr nett, sondern ziemlich beleidigt und unfreundlich gewesen: „So als hätte ich ihr die Untersuchung verweigert, um sie zu bestrafen oder zu ärgern.“ Ähnlich zu Vanessas Erfahrung wurden ihr Probleme beim Sex vorhergesagt – weshalb es „auf diese Art schwer sein wird, für mich einen Freund zu finden – und ja, es war nur in hetero-Form formuliert“ berichtet sie. Zurück blieb bei Lara die feste Überzeugung, nicht normal zu sein.

Auch Unterleibsschmerzen, die sie auf die begonnene Pilleneinnahme zurückführte, ignorierte die Ärztin: „Als ich ihr das mit den Schmerzen erzählt hatte, meinte sie nur ‚Das kann nicht sein‘. Damit war das Thema erledigt und ich habe es nie mehr erwähnt. Es kann ja tatsächlich ein Zufall gewesen sein, aber trotzdem habe ich nur berichtet, was mir aufgefallen ist.“ Lara wechselte ihre Frauenärztin, doch leider erlebte sie die Situ-



Von Vielen gefürchtet: Der Besuch und die damit verbundenen Untersuchungen in einer gynäkologischen Praxis. (Fotos: lenz)



Bei Ärztekammern kann man sich beschweren und Rat suchen.

ation in abgeänderten Formen immer wieder: Sie wurde nicht ernst genommen, es wurde mit Ärger oder Unverständnis auf ihr Problem reagiert. Eine Ärztin verweigerte ihr sogar aufgrund der nicht stattfinden könnenden Untersuchung das Rezept für die Pille. „Es ging nicht eine Sekunde darum, wie es mir mit der Situation geht, wir haben auch nicht besprochen, ob ich überhaupt die Pille absetzen will, was das dann bedeutet und so weiter. Sie hat nicht gefragt, was mir helfen könnte“, so Lara. Sie stand kurz vor einem Urlaub ohne Pille dar, musste in eine andere Praxis. Nach einer langen Praxen-Odyssee hat sie inzwischen eine Ärztin gefunden, bei der sie sich gut behandelt fühlt. „Sie lässt mir Zeit. Sie ist geduldig. Jedes Mal vor der Untersuchung sagt sie, dass sie Bescheid weiß und dass wir alles ganz in Ruhe machen. Es ist trotzdem super unangenehm, aber es ist möglich“, so Lara.

Marta* erlebte vor 14 Jahren einen verbalen Übergriff: „Ich war zur Routineuntersuchung. Er äußerte sich, da ich im Intimbereich rasiert bin, mit den Worten: ‚Frauen wie Sie sind dafür verantwortlich, dass Männer pädophil sind.‘“ Ihr fehlten daraufhin die Worte. „Zum einen geht es den Arzt nichts an, wie ich meinen Körper pflege, zum anderen sollte er meiner Meinung nach seiner Arbeit nachgehen und nicht mich als Person und meine doch eher private Angelegenheit beurteilen“, stellt sie fest. Sie suchte sich eine neue Frauenärztin – dieses Mal eine Frau – und nahm dafür eine 30 Kilometer lange Anfahrt in Kauf. „Ich hab das ganze damals nicht weiter angesprochen. Zum einen war ich sehr perplex und ich hatte nicht den Eindruck, es würde was bringen“, sagt sie.

Eine geplante Schwangerschaft ist ein freudiges Ereignis, bringt aber auch neue Herausforderungen, Sorgen und Ängste mit sich. Stefanie* befindet sich am Anfang ihrer Schwangerschaft. Bisher hatte sie zwei Termine bei der Frauenärztin und will nun wechseln, da sie sich dort nicht wohl

fühlt. „Vorher war alles super, aber jetzt fühle ich mich so als wäre ich ‚nur‘ eine von vielen. Beim ersten Termin gab es null Aufklärung, ich musste mir alles selbst raussuchen und mir Informationen beschaffen“, erläutert sie ihre Situation. Auch sind ihr Versäumnisse der Praxis aufgefallen, wie etwa ein nicht vollständig ausgefüllter Mutterpass oder dass ihr die Herztöne des Embryos beim Ultraschall nur gezeigt wurden und sie sie nicht hören konnte, wie es in anderen Praxen üblich sei. „Fragen werden eher kalt beantwortet und man wird so behandelt, als müsse man wissen, wie so eine Schwangerschaft abläuft. Für die ist es Tagesgeschäft, für mich leider nicht“, so Stefanie.

Fehlendes Einfühlungsvermögen

Nina* ist das passiert, wovor sich Schwangere und werdende Eltern fürchten: Ihr Kind ist vor der Geburt im Uterus verstorben. „Mir ging es aufgrund dessen körperlich und seelisch sehr schlecht, auf meine Fragen und Ängste wurde in der Situation kaum oder sehr unsensibel reagiert“, erzählt sie von dieser schwierigen Zeit. Es fielen Sätze wie „Es wird alles wieder gut“ oder „Das ist eine Laune der Natur“ – für sie „unheimlich verletzende Aussagen, nachdem wir gerade erfahren hatten, dass unser Kind verstorben ist und ich in Lebensgefahr bin“. Zudem seien ihre Schmerzen nicht behandelt worden. Ihr Partner wurde ohne Vorwarnung von der Arzthelferin informiert. „Problematisch war nicht, dass es schnell gehen musste, sondern dass der Arzt wenig Geduld gezeigt hat für unsere Zweifel und den Wunsch, unser Kind natürlich zu gebären, um uns irgendwie verabschieden zu können“, so Nina. Mehr Mitgefühl, Verständnis für ihre Unsicherheit und ausführlichere Informationen hätte sie sich statt des Drucks gewünscht. „Fachlich ist an dem Verhalten kaum etwas auszusetzen gewesen, menschlich aber schon“, fasst Nina ihre Erlebnisse zusammen. Sie führte danach ein Gespräch mit der Ärztin. Die Kritik sei auch aufgenommen worden, „aber das unsensible Verhalten durch die Notfallsituation relativiert“.

Beschwerdewesen und Beratung

Mehr Empathie, mehr Zeit, mehr Beratung. An manchen dieser Stellschrauben ist im auf Gewinn ausgelegten Gesundheitssystem schwer zu drehen. An anderen Stellen lässt sich besser ansetzen. Die Ärztekammern bieten etwa Ärzt*innen Schulungen und Informationen zu Themen wie dem Umgang mit Patient*innen an. Sie nehmen auch Beschwerden bei Behandlungsfehlern und Kommunikationsproblemen an und vermitteln zwischen Arztpraxen und Patient*innen, die sich dort nicht richtig behandelt fühlen. Mehr Informationen und Links dazu findet ihr auf akduell.de. Den Mut für eine Aussprache oder sogar eine Beschwerde aufzubringen, ist jedoch keine einfache Aufgabe – und die Lösung der Probleme kann auch nicht allein auf den Schultern der Patientinnen* liegen. [lenz]

*Namen von der Redaktion geändert

Beschauen!

Candyshop-Kinkerlitzchen



Die Kunstwerkstatt „Candyshop“ des Diakoniewerk Essens versteht sich als Freiraum und Beitrag zur Inklusion. Menschen mit Behinderungen sind eingeladen, sich künstlerisch zu betätigen. Diese Arbeiten werden nun ausgestellt und können für kleines Geld ab fünf Euro erworben werden. Die Werke reichen von Collagen bis zu übermalten Fotografien und allerlei anderen kreativen Schöpfungen. Glühwein und Plätzchen sorgen für weihnachtliche Stimmung.

➤ **Mittwoch, 6. Dezember, 18-22 Uhr, KARO - Kunst in der Kasteienstraße, Kasteienstraße 2, Essen, Eintritt frei**

Bummeln

Trödelmarkt *Indoor*

Weder klirrende Kälte, noch aufs Haupthaar prasselnder Regen können diesem Trödelmarkt etwas anhaben: Im Gebäude am Freiraum Weberplatz sind interessierte Schnäppchenjäger*innen und Gegner*innen des ständigen Neukaufs von 16 bis 20 Uhr eingeladen, Schätze aller Art zu entdecken. Für das leibliche Wohl sorgt die Nähe zum Weihnachtsmarkt.

➤ **Donnerstag, 7. Dezember, 16-20 Uhr, Freiraum Weberplatz, Weberplatz 1, 45127 Essen, Eintritt frei**

Belauschen!

Figur Lemur

Sei dabei, wenn die Band Figur Lemur im Wittener Knuts ihr Debüt feiert. In wohliger Atmosphäre warten die Bässe nur auf wild tanzende Zappelbären und zu den Beats wippenden Katzen. Die Bochumer Jungs überzeugen mit kantiger Popmusik, die durch Gitarren, Synthesizer und deutschsprachigem Rap hervorsteicht. Lasset euch gehörig mitreißen!

➤ **Freitag, 8. Dezember, 20-22 Uhr, Knuts, Wiesenstraße 25, 58452 Witten, Eintritt 10 Euro**

Mit Law and Order gegen Alkoholranke



Die Prohibition ist aufgehoben – zumindest vorerst. Währenddessen der Weihnachtsmarkt die Duisburger Innenstadt ziert, ist das Alkoholverbot außer Kraft gesetzt. (Foto: fro)

Seit über einem halben Jahr gilt in der Duisburger Innenstadt ein Alkoholverbot (aktuell berichtete). Trotz anhaltender Kritik von der lokalen Linkspartei, den Grünen und sozialen Initiativen hat eine Ratsmehrheit aus SPD und CDU für eine Fortführung der Testphase bis März 2018 gestimmt.

Während die einen literweise Glühwein konsumieren, beschlossen die Ratsmitglieder eine Fortführung der Duisburger Prohibition. Bei Weihnachtsmarktbesuchenden wird davon eine Ausnahme gemacht. Bis Ende Dezember drückt die Stadt ein Auge zu und gestattet den öffentlichen Alkoholkonsum, dem die Stadt zahlreiche trink- und zahlungswillige Menschen zu verdanken hat. „An dem Beispiel zeigt sich, dass es letztlich nicht um den Alkoholkonsum an sich geht“, sagt Jasper Prigge, Rechtsanwalt und stellvertretender Landesprecher der nordrhein-westfälischen Linkspartei. Das erklärte Ziel des Alkoholverbots ist es, die Innenstadt attraktiver zu machen und das subjektive Sicherheitsempfinden zu erhöhen. Die Stadt argumentiert, dass von der Trinker*innenszene am Kuhtor inmitten der Einkaufsstraße oftmals Fälle von öffentlichem Urinieren und Belästigung der Passant*innen ausgingen. Dass sie das Alkoholverbot just zur Weihnachtsmarktzeit zeitweise aussetzt, ist für Prigge „ein typischer Fall von Doppelmoral“.

Ausnahmen gibt es aber nicht nur zur Weihnachtszeit. Auch in Gastronomiebetrieben kann weiterhin ohne ordnungsrechtliche Bedenken dem Alkoholgenuß gefrönt werden,

bevor man anschließend die den gesamten Innenstadtbereich umfassende Verbotzone durchqueren muss. Für den Rechtsanwalt ist klar, dass es sich bei der Maßnahme um reine Verdrängungspolitik handelt. „Der Stadt geht es allein um das Erscheinungsbild der Innenstadt. Ihr passen bestimmte Personen einfach nicht und die will sie mit dem Verbot vertreiben“, kritisiert er. Aber: „Das Ordnungsrecht ist kein Mittel zur Imagepflege, sondern zur Gefahrenabwehr.“

Alkohol – eine abstrakte Gefahr?

Trotz Verbot trifft sich die Trinker*innenszene wie gehabt im Bereich des Kuhtors. In den Wintermonaten stellen sie sich des Öfteren in der Vorhalle der U-Bahn-Haltestelle Rathaus unter. Das Ordnungsamt der Stadt Duisburg versucht dennoch, die Menschen von der Fußgänger*innenzone zu vertreiben. Seit Inkrafttreten des Verbots am 16. Mai sind 28 Verwarnungen, neun Bußgeldverfahren und acht Platzverweise ausgesprochen worden. „Sofern gegen das geltende Alkoholverbot verstoßen wird, werden Verstöße konsequent geahndet und weiterer Konsum, auch durch Vernichtung des Alkohols vor Ort, unterbunden“, so Pressesprecherin Gabi Priem.

Dabei ist noch gar nicht klar, ob das Alkoholverbot überhaupt rechtmäßig ist. Prigges Mandantin, die Übersetzerin Marion Wegscheider, hatte beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eine Klage gegen die Stadt eingereicht. „Die Stadt Duisburg muss nachweisen, dass der Konsum von Alkohol in der Innenstadt eine abstrakte Gefahr darstellt“, schildert der

Rechtsanwalt. Im Frühjahr kommenden Jahres werde das Verwaltungsgericht wohl den Termin zur mündlichen Verhandlung ansetzen. Die Chancen für die Stadt schätzt Prigge eher als gering ein. Während des Verfahrens habe sie Einsatzberichte des Ordnungsamts vorgelegt, die die Zahl von Einsätzen im Zusammenhang mit Alkohol in den vergangenen zwei Jahren auf gerade einmal vier beziffert. Bei diesen Fällen handelte sich um alkoholisierte Menschen, die durch Ruhestörungen oder Pöbeleien auffielen. „Die Daten lassen auch nicht erkennen, ob der Alkohol in der Innenstadt konsumiert wurde“, so Prigge weiter. Wäre der Alkohol in einer Gaststätte oder außerhalb der jetzigen Verbotzone konsumiert worden, könnte die Stadt sich in ihrer Argumentation nicht auf diese Fälle berufen. Es macht sich zudem ein enormer Rückgang bemerkbar, denn 2006 seien noch 116 Fälle verzeichnet worden. Dabei handelt es sich um eine Abnahme von 96 Prozent. „Meine Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Alkoholverbots sind damit eher weiter gewachsen“, sagt Prigge.

„Keine glaubwürdige Sozialarbeit“

Nachdem das Alkoholverbot schon monatelang galt, hatte die Stadt ab September einen Streetworker engagiert. „Ziel ist es, Vertrauen zur Szene zu gewinnen und diese für weitergehende Hilfen zu motivieren“, zitiert die *Rheinische Post* die Beschlussvorlage des Stadtrates. Er soll beispielsweise Kontakt zu Suchtberatungsstellen und zur Wohnungslosenhilfe vermitteln. Wie das Angebot angenommen werde, könne noch nicht gesagt werden. Eine erste Evaluation soll im Frühjahr kommenden Jahres vorgestellt werden. Dass erst vier Monate nach Einführung des Verbots ein Streetworker eingestellt wurde, nennt Prigge „bezeichnend“. Auch wenn die Stadt nun sozialarbeiterische Projekte beginne, handele es sich bei der Maßnahme nach wie vor um Verdrängungspolitik. Für Prigge ist es auch fraglich, ob überhaupt noch eine Vertrauensbildung stattfinden könne: „Das erklärte Ziel des Alkoholverbots, die Trinkerszene aus der Innenstadt zu verdrängen, behindert vielmehr eine glaubwürdige Sozialarbeit schon im Ansatz. Denn wie soll das notwendige Vertrauen der Betroffenen gewonnen werden, wenn zugleich unmissverständlich die Botschaft ausgesendet wird ‚Wir wollen euch in der Innenstadt nicht haben?‘. Es bedürfe anderer Maßnahmen, die Situation für die Beteiligten zu ändern. „Zum Beispiel könnte man einen Trinkraum einrichten oder mit kostenlosen öffentlichen Toiletten eine Verbesserung der Sauberkeit erreichen“, schlägt Prigge vor. Ein Beispiel ist das Projekt „Die nette Toilette“. Damit zeigen Gastronom*innen durch Aufklebern in Fenstern, dass man bei ihnen auch ohne eine Bestellung kostenlos auf Toilette gehen kann. [fro]

Eine längere Sitzung



Eda und Lisa (Eda Vendetta und Itscoleslaw) wollen Mädchen* empowern und aufklären. (Foto: Kooperative Berlin GmbH)

Manche Themen werden im öffentlichen Diskurs gern von der Klobrille gewischt – nicht bei *Auf Klo*. Die Redakteur*innen des YouTube Kanals beschäftigen sich mit Themen wie Sexualität, Gender, Politik und Psyche. Das Format will in Themengebieten aufklären, die selten besprochen werden oder sogar tabuisiert sind. Dabei erntet der Kanal nicht nur positives Feedback, sondern oft auch dreiste Beleidigungen von einigen Nutzer*innen.

Die Medienproduktionsfirma Kooperative Berlin hat das Format für *funk*, das Jugendangebot von ARD und ZDF, entwickelt. In den Videos werden Gäste eingeladen, die dann mit den Moderatorinnen Eda und Lisa über verschiedene Themen sprechen. Das Besondere dabei ist, dass die Interviews an einem dafür eher ungewöhnlichen Ort stattfinden: auf der Toilette. „Das Klo als Interviewplatz soll das Klischee aufgreifen, dass Mädchen immer zu zweit aufs Klo gehen und das stille Örtchen ist der Raum, in dem man ungestört über alle wichtigen Themen sprechen und mit vorhandenen Klischees aufräumen kann“, schildert Maria Popov von der Kooperative Berlin. „Es sollen sich alle Personen angesprochen fühlen, die sich als weiblich identifizieren. Unser Ziel ist an erster Stelle, in Themengebieten aufzuklären. Unsere Sendung macht aber auch Spaß oder regt zum Nachdenken an“, erklärt sie weiter. Die Videos erscheinen in unregelmäßigen Abständen alle paar Tage und richten sich an Mädchen* im Alter zwischen 14 und 17. Zu den beliebtesten Videos zählen unter anderem: ‚Daran merkst du, dass du asexuell bist‘ und ‚Periode: Lasst uns bluten. Hacks und Tipps mit Lu Likes‘.

Dick und schön. Was dagegen?

In der ersten Folge, die am 29. September 2016 an den Start ging und noch von der YouTuberin Mai moderiert wurde, ist die queere Journalistin Hengameh bei *Auf Klo* zu Gast. Das Video dreht sich um das Thema Fat Shaming. Zum Beispiel beschwert sich der Gast darüber, dass auf die Aussage „Ich bin dick“ oft folge „Nein, du bist voll hübsch“. „So als würde das eine das andere ausschließen“,

meint Hengameh. Im weiteren Verlauf des Gesprächs wird unter anderem auch über die Darstellung von übergewichtigen Menschen in den Medien gesprochen. „Dicke sind immer entweder lustig oder es wird sich über sie lustig gemacht. Aber ich bin ja lustig, weil ich lustig bin, nicht weil ich dick bin“, stellt Hengameh klar.

Fette Quallen und Delfine

Unter den Kommentaren finden sich zahllose negative Rückmeldungen, meistens unsachlich und weit unter der Gürtellinie. So meint User FernsehkritikTVkritikTV: „Doch, [Fettleibigkeit] spielt [im platonischen Umgang] eine Rolle. Nämlich die, dass wir als Normalgewichtige für die Verantwortungslosigkeit einiger fetter Quallen mehr an die Krankenkasse zahlen dürfen“. Positive Kommentare sind leider stark in der Unterzahl. Der Kanal reagiert aber auf viele Postings und argumentiert entweder dagegen, oder feuert – wenn es sich nicht um Kritik, sondern um plumpe Beleidigung handelt – mit Humor und Ironie zurück. User Neues Testament schreibt zum Beispiel: „Ich glaube ich gebe mir die Kugel. Schlimmer als Stalingrad“. Darauf kommentiert *Auf Klo*: „Darauf antworten wir mit Delfinen. Delfine sind intelligente Tiere. Deswegen sind sie freundlich, froh, süß und krass beliebt“. Darauf folgen mehrere Delfin-Emojis.

Auch bei einer der aktuellsten Folgen, ‚Non-Binary: Kein Mann & keine Frau!‘, gibt es viel negatives Feedback, besonders von der antifeministischen Front – „meist von Menschen, die sich in ihrem Weltbild angegriffen fühlen. Da ist der Aufschrei natürlich groß bei denen, die noch nie davon gehört haben, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt“, erläutert Maria von der Kooperative Berlin. Positive Rückmeldung gebe es vor allem von jungen Mädchen* und Frauen*, die es wichtig finden, Menschen zu Wort kommen zu lassen, die sonst selten die Gelegenheit dazu bekommen, sagt sie. Deshalb lässt sich der Kanal trotz mehrfacher Aufforderung seitens einiger Nutzer*innen nicht die Toilette runterspülen, sondern verstopft weiterhin die Rohre der Hater und bietet Interessierten unterhaltsame und informative Klolektüre. [seg]

Kurzgefasst

Nextbike ist „ausbaufähig“

Seit über einem Jahr können Studierende der Universität Duisburg-Essen jeweils für eine Stunde kostenlos mit Fahrrädern von des Fahrradverleihs Nextbike fahren. Eine Kooperation mit dem Verleih macht das möglich. Rund acht Prozent der zirka 42.000 Studierenden nutzen Nextbike: Bis August dieses Jahres nahmen 3.590 das Angebot wahr, wie das AStA-Referat für Ökologie, Mobilität und Gesundheit bestätigt. Seit Vertragsbeginn – also seit dem 1. April 2017 – seien 32.338 Ausleihen zu verzeichnen. „Die Nutzungszahlen sind definitiv ausbaufähig“, so das Referat auf Anfrage.

Zufrieden sei man mit der Statistik nicht. Man habe Nextbike bereits zum Referatstag eingeladen. Zudem habe der Fahrradverleih Promoter*innen an die Campusse geschickt, um das Projekt bekannter zu machen. Dabei sei aufgefallen, dass viele Studierende die Nextbike-Stationen durchaus kennen, von der Kooperation zwischen dem Verleih und der Studierendenvertretung jedoch noch nie etwas gehört haben. Durch eine verstärkte Präsenz von Promoter*innen solle dem entgegengewirkt werden. Das Ökologie-Referat verweist indes darauf, dass der alte AStA die Kooperation mit Nextbike in die Serie ‚HoPo auf einem Blick‘ aufgenommen hat. „Weitere Werbemaßnahmen befinden sich noch in der Planung“, heißt es.

Seit Jahren steigt die Zahl der Nextbike-Ausleihstationen, auch in den Universitätsstädten Duisburg und Essen. Auch zukünftig werden weitere Stationen realisiert, so das Ökologie-Referat. Probleme gebe es allerdings bei Stationen, die auf dem Gelände der Campusse gebaut werden sollen. Das Gebäudemanagement der Universität habe sich quer gestellt. „Sieben Monate nach Vertragsbeginn hat sich die Verwaltung endlich dazu positioniert und uns versprochen, durch mehr Kommunikation das Problem zu lösen“, schildert das Referat. Bislang habe es vom Gebäudemanagement allerdings keine Rückmeldung gegeben. Der Bau neuer Ausleihstationen auf den Campussen wird sich also noch bis auf weiteres verzögern.

Der Vertrag mit Nextbike wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen. Eine Kündigung ist erstmalig zum 31. März 2020 möglich. Wie es dann mit der Kooperation weitergeht, wird das Studierendenparlament entscheiden. [fro]

Aufregen lohnt nicht

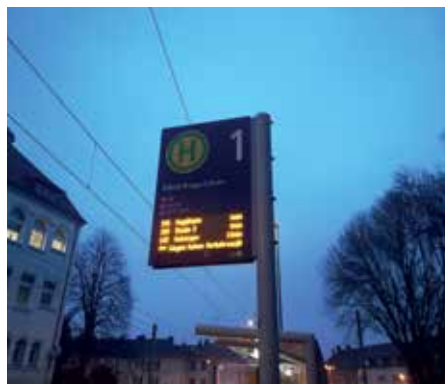
Oh du lieber Nahverkehr, es ist wirklich schwierig, sich einen Tag nicht über dich zu ärgern, zu fluchen oder zu jammern. Dabei lohnt das gar nicht. Denn die Verkehrsbetriebe machen keine Anstalten, in naher Zukunft etwas an der Misere zu ändern. Finden wir uns also doch lieber mit der Situation ab. Grüne Hauptstadt Europa, adé!

„Aufgrund von hohem Verkehrsaufkommen kommt es auf der Linie 109 zu Verspätungen“. Morgens 7.45 Uhr an der Haltestelle Alfred-Krupp-Schule in Essen-Frohnhausen. Alltäglich grüßt das Murmeltier: Die Frohnhauser Straße ist verstopft mit Autos. Höchstens vier PKWs kommen bei der Grün-Phase an der Martin-Luther-Straße über die Kreuzung, danach wieder Stillstand. Die Abgase tanzen nur so durch die Luft. Um 7.47 Uhr sollte die Bahn kommen. Aber wenn es eins gibt, was die Ruhrbahn, wie sich seit September 2017 der Zusammenschluss von den Essener und den Mülheimer Verkehrsbetrieben nennt, kann, dann ist es, verlässlich unpünktlich zu sein. Warum also morgens aus dem Haus hetzen, wenn man mit gemütlichem Gang die Bahn, die dann eher um 55 kommt, allemal noch schafft. Und auch die laut Fahrplan geltende Fahrzeit von acht Minuten wird durch die Wartezeit vor dem oder im U-Bahn-Tunnel zwischen Thyssen-Krupp und Berliner Platz relativiert.

Grüne Hauptstadt? Pustekuchen!

Auch wenn sie oft nicht so tut: Essen ist, gemessen an den Einwohner*innenzahlen, eine Großstadt! Dieses berüchtigte „hohe Verkehrsaufkommen“ scheint für Essen aber eine ganz außergewöhnliche Erscheinung zu sein. Das Problematische: Viele U-Bahn- und Straßenbahnlinien haben keine separaten Bahntrassen und müssen sich die Straße mit den Autos teilen. Und da die Essener*innen ja nicht auf ihr geliebtes (Diesel-)Auto verzichten können und wollen, kommen sich beide Verkehrsmittel stetig in die Quere. Straßen, wie die Frohnhauser Straße, sind viel zu schmal, um die Massen an Autos und dazu noch Busse und Bahnen zu „befördern“. Da haben Stadtplaner*innen einst ganze Arbeit geleistet. Am Wochenende und nachts unter der Woche mutiert Essen dann erst recht zur Kleinstadt: Samstags und sonntags fahren Bahnen nur alle 15 bis 20 Minuten und Montag bis Freitag gibt es ab halb zwei Uhr nachts keine einzige Ver-

bindung mehr aus der Innenstadt in die einzelnen Stadtteile. Nach Köln hingegen kommt man noch ohne Probleme. Außerdem sind immer noch wenige nicht-barrierefreie Bahnen im Einsatz. Fahrradwege gibt es spärlich oder sind nur mäßig sicher. Ein besser ausgebautes Verkehrsnetz könnte dazu führen, dass mehr Menschen die Bahn oder das Rad anstelle des Autos benutzen und so langfristig das Klima entlasten. Vielen dürfte die Unzuverlässigkeit der Bahnen als ausschlaggebendes Argument für das Auto dienen. Ein Diesel-Fahrverbot hatte Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) im Übrigen erst vor kurzem ausgeschlossen. „Ziel aller Städte ist es, unbedingt Fahrverbote zu vermeiden, weil sie unsozial sind und in Ballungsräumen kaum Wirkung zeigen werden“, so Kufen gegenüber der WAZ. Ja, stimmt, die armen, armen Autofahrer*innen und dieser böse, unsoziale Umweltschutz. Grüner Hauptstadt, adé! Auch der am 27. September vom Stadtrat beschlossene Nahverkehrsplan 2017-2025 bescheinigt Essen eine düstere Zukunft. Zu einer „nachhaltigen Trendwende im



Verlässlich unpünktlich: die Ruhrbahn. (Foto: rat)

Mobilitätsverhalten“ werde er nicht führen und auch keinen „nennenswerten Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele liefern“. Damit wird auch das bei der Bewerbung für die Grüne Hauptstadt anvisierte Ziel, den Nahverkehr bis zum Jahr 2035 von 19,5 auf 25 Prozent zu steigern, verfehlt. Passenderweise dazu soll auch erst in 15 Jahren auf abgasfreie Antriebe umgestellt werden. Komisch, dass die Essener Verkehrsbetriebe erst im Juni diesen Jahres 74 neue Dieselbusse kauften – während andere Städte schon längst Elektro-Busse eingeführt haben – darin aber keinen Widerspruch mit dem Grüne Hauptstadt-Slogan sahen. Worüber regen wir uns jetzt also nochmal auf? [rat]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Redaktionsschwein Ferdi

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Dennis Pesch (dpe), Lorenza Kaib (lenz), Mirjam Ratmann (rat), Julia Segantini (seg), Britta Rybicki (BRIT)

V.i.S.d.P.: Sarah Dannehl (caro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

7			1		4	9
4		8	5	7		
	1	9	7			
	4	8	6			
6			5			7
				4	9	6
				1	3	9
		7	4	3		2
5	6		8			4

WOHNHEIMGESCHICHTEN

